Der Sprung des Drachen

China über alles: Kaum ein Staat hat solche Wachstumsraten, keiner lockt so viele Investoren an, keiner baut so schnell wie die „Fabrik der Welt“. Schon in drei Jahrzehnten könnte die Volksrepublik Wirtschaftsmacht Nummer eins werden. Verliert Deutschland Jobs an das Milliardenreich – oder ist dieser Absatzmarkt unsere letzte Chance? Wird Peking zum größten Gegenspieler Washingtons?

Skyline von Shanghai, Schiffsverkehr auf dem Huangpu: *„Die derzeit aufregendste Stadt des Planeten, der vielversprechendste Platz für*

Hier in Sibirien haben sich die beiden großen kommunistischen Staaten noch vor 35 Jahren erbitterte Gefechte geliefert, vom Wahn besessen, das Rennen um die Vorherrschaft im Fernen Osten militärisch auszutragen. Hier am breiten Strom, den die Russen schlicht Amur nennen und die Chinesen poetisch Heilongjiang, „Schwarzer Drachenfluss“, prallten die ideologischen Gegensätze aufeinander. Hier, wo wenige hundert Meter voneinander entfernt die Städte Blagoweschtschensk und Heihe konkurrieren – feindlich-freundliche Brüder an gegenüberliegenden Ufern, mitgerissen von den Strudeln der Weltpolitik.

Ungleichere Zwillinge lassen sich kaum denken. Aber nicht die Waffen, sondern die wirtschaftlichen Fortschritte haben das Duell entschieden. Der „Zar“ in Moskau und der Generalsekretär in Peking sind weit – vielleicht sind die Verhältnisse gerade deshalb so entlarvend.

In manchen Vierteln Blagoweschtschensks scheint die Zeit stehen geblieben zu sein: Verfallene Holzhäuschen säumen Schlammwege, Unkraut wuchert aus Fabrikruinen, unvollendete Denkmäler irgendwelcher Polit-Funktionäre setzen Schimmel an. Mit seinen 210 000 Einwohnern sieht das Zentrum fast so aus wie zu Sowjetzeiten, als noch kein Kontakt „nach drüben“ möglich war. Lethargie prägt das Leben, hohe Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst.

Ganz anders Heihe, dessen imposante Skyline geradezu provozierend in den verkommenen russischen Ort hinüberstrahlt: ein Spargelwald von Wolkenkratzern aus Stahl und Glas, prall gefüllte Supermärkte, teure Restaurants. Innerhalb weniger Jahre ist Heihe auf 240 000 Einwohner angeschwollen. Ein einziges Hämmern und Sägen, Bohren und Basteln. Eine neue Bank entsteht, das Bürgermeisteramt wird erweitert, eine Bowlingbahn bald eingeweiht. Überall Optimismus.

Hunderte russischer Arbeitsloser, darunter die Entlassenen der kürzlich ge-

H&D ZIELSKE / LAIF (L.); XINHUA / REUTERS (R.)

Unternehmen weltweit“

Politbüro der KP in Peking: *„Sackgasse Demokratie“*

schlossenen Süßwarenfabrik, nehmen täglich die Fähre hinüber nach China. Bibliothekare und Lehrerinnen, die vom Staat monatelang kein Gehalt mehr bekommen haben, verdingen sich in Heihe als Kellner oder Putzfrauen. Andere nutzen den visalosen Tages-Grenzverkehr, um drüben einzukaufen, bis zu 50 Kilogramm Waren sind zollfrei. Sie schleppen in ihren Jutesäcken und Plastiktaschen an Konsumgütern nach Russland, was sie tragen können. Für den persönlichen Bedarf. Für die Verwandten. Außerdem lässt sich in den weitgehend von der Außenwelt abgeschnittenen, unterversorgten sibirischen Dörfern alles verkaufen, ein kleiner Profit erzielen.

Die großen Geschäfte aber machen die Chinesen. Sie schwärmen als Unternehmer nach Sibirien aus. In Russland lassen sich inzwischen billig Fabriken betreiben, beispielsweise Holz verarbeitende Werkstätten für Essstäbchen. Selbst landwirtschaftliche Betriebe jenseits der Grenze stehen unter chinesischer Aufsicht. Der strenge KP-Kader Ma Zhanyuan etwa bringt den Sibiriern bei, wie man in einem vergleichsweise rauen Klima Melonen zum Wachsen bewegen kann.

Auch den größten Neubau in der russischen Stadt Blagoweschtschensk kontrollieren die ebenso cleveren wie skrupellosen chinesischen Unternehmer. Die Firma Huafu baut ein neues Geschäftszentrum in „Blagos“ Ortszentrum. Junge einheimische Russen, die eine Chance haben wollen, lernen zwangsläufig Chinesisch. Inzwischen kommen die Reichen von Heihe auch in Scharen als Touristen in ihre sibirische Schwesterstadt. Vor allem die Männer. Ein blühender Straßenstrich ist am Lenin-Boulevard entstanden, die Firma „Iskuschenije“ („Versuchung“) unter der Leitung der resoluten Jungunternehmerin Walentina vermittelt den chinesischen Siegern der Geschichte leichte Mädchen. Russland muss sich in Ermangelung anderer Vorzüge schon prostituieren, wenn es am Fluss des Schwarzen Drachen noch einen Hauch von Geschäfts-Chance gegen China haben will.

In den letzten fünf Jahren hat Russland ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von rund sechs Prozent erzielt (dass es derzeit üppig ausfällt, verdankt der Kreml weitgehend den hohen Erdöl- und Erdgaseinnahmen); das demokratische Indien brachte es in diesem Zeitraum auch auf durchschnittlich plus sechs – beide weit ausgestochen von der Volksrepublik mit ihren gut acht Prozent. Noch nie in der Geschichte wurden in irgendeinem Staat so viele Menschen so schnell aus der Armut in ein menschenwürdiges Leben katapultiert wie in China nach den 1978 in die Wege geleiteten Wirtschaftsreformen – geschätzte 400 Millionen.

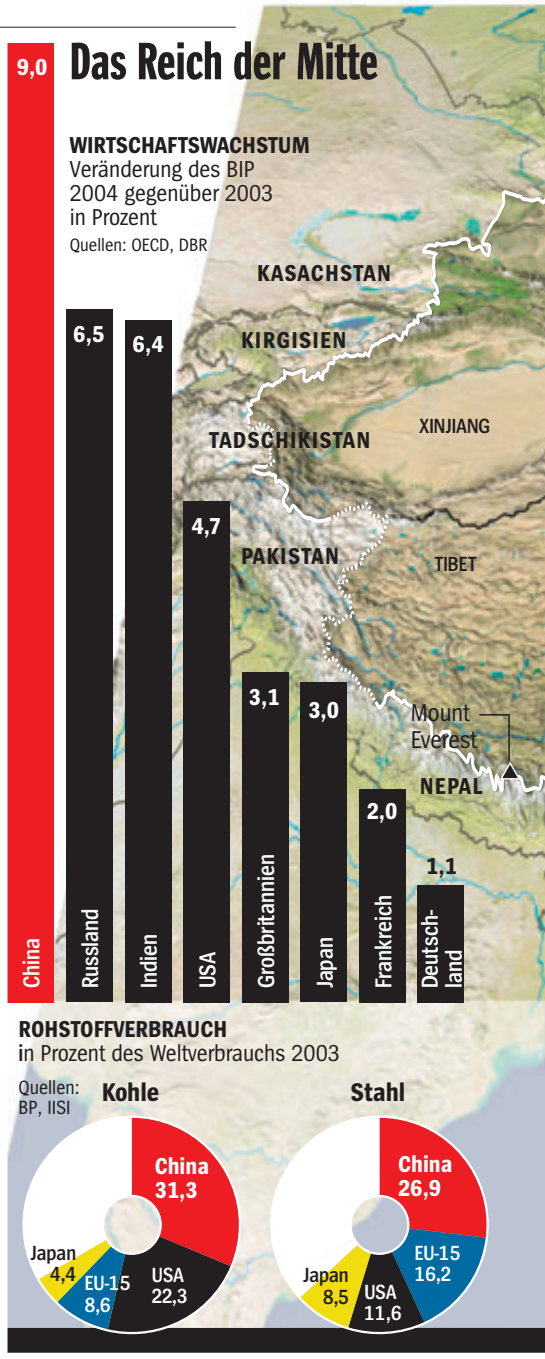
Pekings Volkswirtschaft ist nach Kaufkraftparität bereits an Japan und Deutschland vorbeigezogen, Vizeweltmeister nach den USA – und sollte nach Meinung der Experten von der Investmentbank Goldman Sachs spätestens im Jahr 2040 die Nummer eins sein. China ist der Staat, der 2003 mit gut 53 Milliarden Dollar weit vor den USA am meisten Direktinvestitionen anlockt; viel Geld von den chinesischen Blutsbrüdern in Hongkong, Singapur und Taiwan ist dabei, aber auch aus Europa und Amerika.

Und der Transfer ist keine Einbahnstraße: China verfügte Ende vergangenen Jahres nach Japan mit 403 Milliarden Dollar über die größten Devisenreserven, steckt enorme Summen in Staatsanleihen und Unternehmen der USA – nur mit chinesischer Hilfe können die Amerikaner permanent über ihre Verhältnisse leben, werden die US-Anleihezinsen gedrückt, bleibt der Dollar relativ stabil.

Das erfolgreichste Land der Erde und das volkreichste sind inzwischen derart miteinander verflochten und voneinander abhängig, dass sie sich durch einen abrupten und umfassenden Abzug von Geldern und Güterverkehr gegenseitig in den Ruin treiben könnten. Zum Glück spricht nichts dafür, dass sie so selbstmörderisch sind, es auch zu tun.

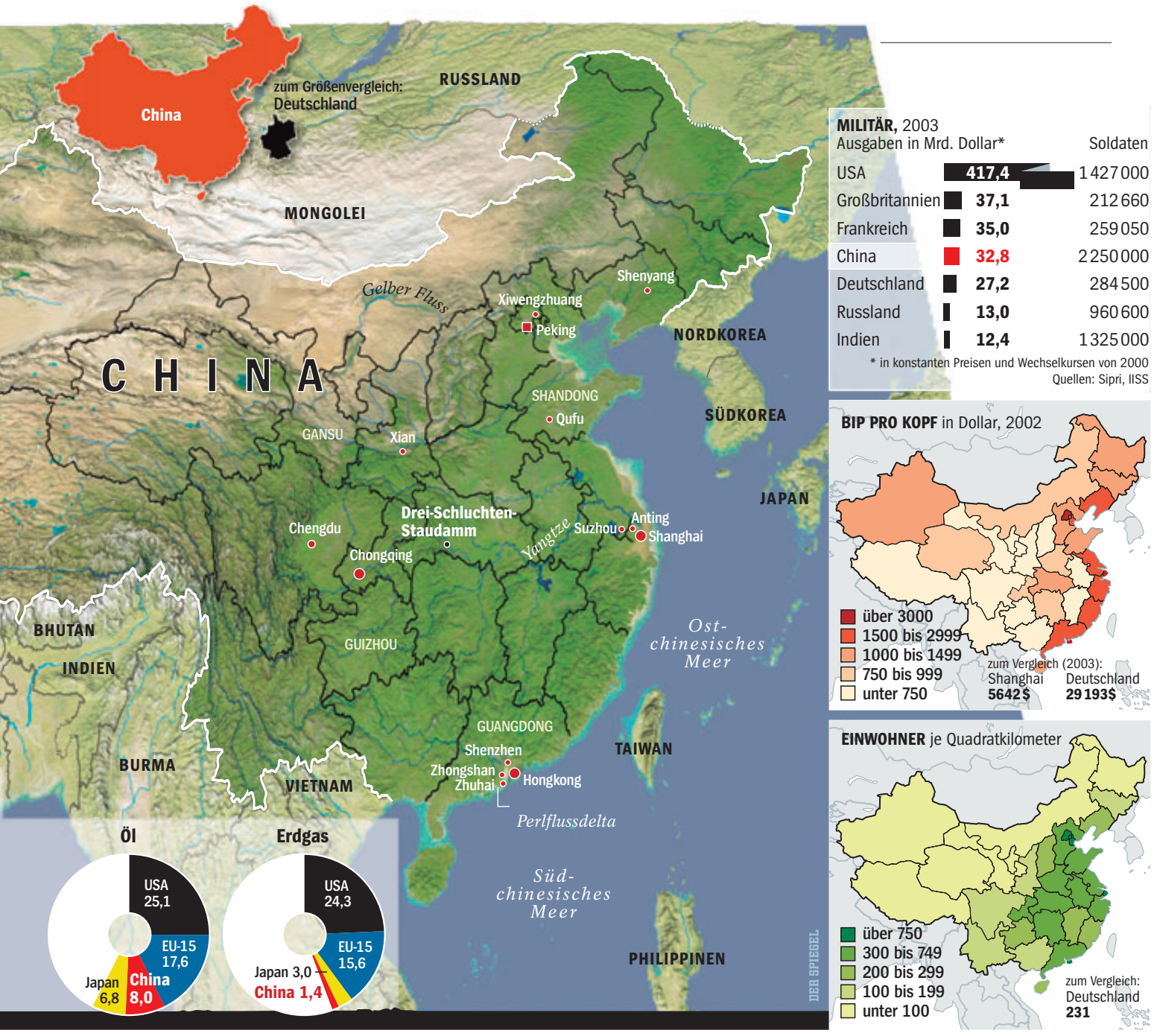
China ist die Werkbank der Welt geworden: Die kapitalistischen Kinder eines formal immer noch kommunistischen Systems fertigen mehr Spielzeug, nähen mehr Kleider und produzieren mehr Schuhe als irgendein anderes Volk. Manche Arbeiter basteln in dunklen Klitschen unter kaum menschenwürdigen Bedingungen Plastiktaschen, Christbaumkugeln oder primitives Elektronikspielzeug, Charles Dickens und das Manchester des vorletzten Jahrhunderts lassen grüßen. Aber China ist längst nicht mehr nur das Billigland für ausländische Produzenten, es hat den Sprung auf die nächste Stufe geschafft und eilt mit Riesenschritten die Treppen der Globalisierung hinauf.

Schon mehr als jede zweite Digitalkamera weltweit, jedes dritte Handy, jede



LI JIANGSONG / IMAGINECHINA

Deng-Xiaoping-Porträt in Shanghai: *Wirtschaftsreformen durch Laisser-faire*



MILITÄR, 2003

Ausgaben in Mrd. Dollar*		Soldaten
USA	417,4	1427000
Großbritannien	37,1	212660
Frankreich	35,0	259050
China	32,8	2250000
Deutschland	27,2	284500
Russland	13,0	960600
Indien	12,4	1325000

* in konstanten Preisen und Wechselkursen von 2000
Quellen: Sipri, IISS

vierte Waschmaschine werden hier gefertigt, bei Fernsehgeräten wie Klimaanlagen liegt China besonders weit vorn. Die Märkte West und Ost ergänzen sich, ohne dass Verbraucher es immer bewusst registrieren. Ob bei Wal-Mart in der amerikanischen Stadt Pekin (sie borgte sich ihren Namen in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts von Chinas Kapitale, weil die „genau gegenüber“ auf dem Globus liegt); ob bei Carrefour im französischen Perpignan oder bei Karstadt in Paderborn: Die Chancen sind überwältigend groß, dass Produkte made in China im Regal stehen.

Allein amerikanische Konsumenten hätten durch chinesische Billigprodukte in den letzten 25 Jahren Milliarden Dollar auf die hohe Kante legen können, schätzen Experten von der „New York Times“. Und auch Schwaben sparen via China. Die Baden-Württemberg-T-Shirts („Wir können alles außer Hochdeutsch“) ließ die Stuttgarter Landesregierung kostengünstig im Reich der Mitte produzieren.

Nehmen die Chinesen „uns“ die Arbeitsplätze weg? Eine Fabrik des Glasspezialisten Schott wird gerade mit Niet und Nagel in Mitterteich, Bayern, abgebaut und nach Suzhou verlagert – 70 Arbeiter verloren ihre Stelle. Selbst Hightech-Forschungseinrichtungen von Weltkonzernen wie Siemens werden Richtung China verlegt und killen hochwertige hiesige Arbeitsplätze.

Wie groß die Angst vor dem Verlust von Jobs an den fernöstlichen Konkurrenten ist, belegt eine im Auftrag des SPIEGEL vergangene Woche durchgeführte Infratest-Umfrage. „Erwarten Sie, dass deutsche Firmen künftig verstärkt in China produzieren und deutsche Arbeitsplätze dorthin abwandern könnten?“, wollte das Meinungsforschungsinstitut wissen. 65 Prozent der Bundesbürger bejahten die Frage, nur 31 Prozent sahen die Gefahr nicht. Im Westen der Republik und bei den 18- bis 29-Jährigen war der Prozentsatz der Besorgten sogar noch höher.

Andererseits hängt fast ein Viertel des zarten Pflänzchens Aufschwung hier zu Lande ab von den dramatisch wachsenden Exporten Richtung China – offensichtlich ein Riesenabsatzmarkt für „unsere“ Güter. Auch als Importeur entwickelt die Volksrepublik ungeheure Dynamik: Die Einfuhren stiegen im vergangenen Jahr um 40 Prozent. Besonders die deutsche Volkswirtschaft profitierte davon, sie lieferte im Jahr 2003 Waren im Wert von 18,2 Milliarden Euro in die Volksrepublik – fast 70-mal

CLARO CORTES IV / REUTERS (L.); RICHARD JONES / SINOPIX / LAIF (M.)

Laptop-Präsentation in Shanghai, Fabriken für Spielzeug und Schuhe in der Provinz Guangdong: *„Die Lokomotive, die das Wachstum der*

mehr als 1972, dem Jahr, in dem Bonn und Peking diplomatische Beziehungen aufnahmen.

Längst geht es nicht mehr darum, den Chinesen ein Aspirin oder eine Cola aus Westproduktion zu verkaufen, Traum der ersten Generation der China-Händler. Praktisch alle Weltfirmen produzieren inzwischen in der Volksrepublik und oft auch primär für die Volksrepublik.

VW setzt im Reich der Mitte mehr Autos ab als in Deutschland, wird dabei aber von den ausländischen Wettbewerbern stark bedrängt und verliert Marktanteile; BMW hat gerade im nordostchinesischen Shenyang eine neue Fabrik eröffnet, erhofft sich bald einen Abstecher des Bundeskanzlers (es wäre schon Schröders sechster Besuch als Regierungschef in der Volksrepublik) – Chinas inzwischen anspruchsvolle Verbraucher verlangen Weltniveau. Allein im ersten Halbjahr 2004 kamen 42 neue Modelle auf den Markt, und die Preise fallen. Auch Wolfsburg musste sich diesem Druck beugen und seine Autos billiger anbieten.

Und von wegen Rückstand bei modernsten Technologien oder der Produktion von Luxusgütern. In Zhongshan in der Provinz Guangdong wurde vor wenigen Monaten ein Werk für den Bau von superschicken State-of-the-Art-Hochseeyachten für die Milliardäre dieser Welt eingeweiht. Die britische Armee vertraute die Produktion von Kampfanzügen ihrer Soldaten den Chinesen an. Und der innerchinesische Nachrichtenfluss läuft, jedenfalls in den reichen Küstenregionen, weitgehend elektronisch. Ein Volk geht online, hat mit 87 Millionen Internet-Usern gerade Platz zwei hinter den USA erobert; 1,5 Millionen kommen dazu – jeden Monat.

Selbstbewusst wagen sich chinesische Gründerkonzerne wie Haier, Galanz oder Lenovo auch auf den internationalen Markt und hoffen bald auf einen Markennamen Wiedererkennungswert wie Microsoft, Sony oder Bosch: Weltfirmen von morgen, Rivalen bei Haushaltsgeräten und Computern schon heute. Ähnlich wie einst die Japaner leisten sich manche dabei teure Shopping-Touren. Der chinesische Konzern TCL übernahm den insolventen bayerischen Hersteller Schneider – und avancierte durch das Zusammengehen mit der französischen Firma Thomson zum größten TV-Hersteller der Welt. Staatlich kontrollierte Ölkonzerne wie Sinopec kaufen sich in russische, kasachische und sudanesische Energiequellen ein.

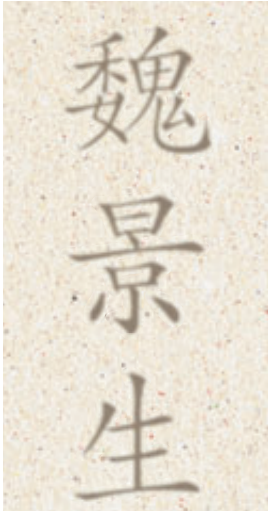
Kein Land verbraucht mehr Stahl und Kohle als der gefräßige fernöstliche Drache, keines mehr Zement, und bis auf die USA holt sich auch keines so viel Erdöl vom Weltmarkt, allein im vorigen Jahr plus 15 Prozent. 162 000 Kilometer Straßen sind im Bau, um die nun schon rund 100 chinesischen Millionenstädte zu verbinden – ein Asphaltgürtel, der die Erde viermal umspannen könnte, das deutsche Autobahnnetz ist nicht mal ein Zehntel so groß. Und als gäbe es für jeden neuen Rekord Extraprämien, geht es bei den Superlativ-Süchtigen in atemberaubender Geschwindigkeit schneller, höher, weiter.

Am Yangtze bei der weltgrößten Stadt Chongqing (mit eingemeindeten Vororten: 31 Millionen Einwohner) wird gerade das gigantischste Staudammprojekt aller Zeiten, aller Länder vollendet. Für das Perlflussdelta bei Zhuhai ist eine zwei Milliarden Dollar teure Mammutbrücke in Planung. In Shanghai – laut „Washington Post“ die „derzeit aufregendste Stadt des Planeten“, laut US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ der „vielversprechendste Platz für Unternehmen weltweit“ – rast die von deutschen Unternehmen hier, und nur hier, als reguläres Transportmittel vollendete kommerzielle Magnetschwebebahn mit 431 Kilometer Spitzengeschwindigkeit vom Flughafen Richtung Stadt. Bis in die Nähe des Grand Hyatt Shanghai, des höchsten Hotels der Welt, dessen Lobby im 54. Stock liegt, die Bar in Etage 87. Erst vor zwei Wochen bewunderten Motorsport-Fans das chinesische Formel-1-Jungfernrennen auf einer in knapp 18-monatiger Rekordzeit fertig gestellten Superstrecke.

Kein Zweifel, der Osten ist rot. Ferrarirot.

Der erste chinesische Grand Prix oder der im August landesweit übertragene Asien-Fußball-Cup sind jedoch nur ein Vorspiel für die Olympischen Spiele 2008 in der Hauptstadt Peking. Dort kann man nicht ganz so Hyatt-hoch wie in Shanghai wohnen, dafür aber in der „Red Capital Residence“ eine nostalgische „Suite des Vorsitzenden“ ab 175 US-Dollar pro Nacht mieten; gleicher Preis wie die Konkubinen-Suite, so viel augenzwinkernde Mao-Satire darf sein.

Und bei der Weltausstellung in Shanghai im Jahr 2010 wird sich China dann wieder



(Wei Jingsheng, Dissident)

„Die Führer unserer Nation müssen unterrichtet werden, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen. Wir wollen keine Götter oder Kaiser mehr.“

MICHAEL WOLF / LAIF

Weltwirtschaft nach vorn zieht, der Riesengorilla, der Jobs aus dem Westen absaugt“

als Fortschrittsland schlechthin präsentieren. Auch deutsche Unternehmer, unter ihnen der Metro-Chef Hans-Joachim Körber, sitzen in einem Beratergremium, das Ideen zur städtebaulichen Zukunft der Hamburg-Partnerstadt Shanghai koordiniert; der Architekt Albert Speer, Sohn des Nazi-Gigantomanen, durfte in Anting, in der Nähe der Metropole am Huangpu, eine ganze Autostadt planen.

„Welches ist der Markt, in dem man es sich nicht leisten kann, nicht dabei zu sein? China. Die Geldquelle, die Amerikas Wirtschaft flüssig hält? China. Die Lokomotive, die das Weltwirtschaftswachstum nach vorn zieht? China. Der Riesengorilla, der Jobs aus dem Westen absaugt? China.“ Auf die Schlüsselfragen der Welt gab es beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2004 nach Ansicht der „International Herald Tribune“ immer nur eine Antwort. Der Peking-Boom und seine Folgen waren beim Treffen der Großen in der Schweiz Hauptthema. Die Begeisterung über mögliche Chancen drängte dabei die durchaus real existierenden Bedrohungsängste zurück, Chinas überhitzte Ökonomie könnte eine Bruchlandung erleiden und die Weltökonomie mit in den Abgrund ziehen.

Und vielleicht wird die Volksrepublik auch bald in der Außenpolitik zum großen Konkurrenten der Supermacht USA.

Nach Jahren der Zurückhaltung auf dem internationalen Parkett lässt Peking die Muskeln spielen. Vor dem Irak-Krieg hat China als eines der fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat an der französischen und russischen Seite zur Freude auch der Deutschen die Vermeidung eines Waffengangs gefordert. Neuerdings unterstützt es Berlins Ambitionen auf einen Sitz im Sicherheitsrat (und versucht währenddessen, einen japanischen zu verhindern). Chinesen helfen bei Uno-Friedensmissionen in Osttimor wie im Kongo, seit neuestem auch in der westlichen Hemisphäre – knapp 1000 Kilometer vor Floridas Küste, im Katastrophenstaat Haiti. Zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus, auch gegen die muslimischen Separatisten in der Xinjiang-Region, wurde unter Chinas und Russlands Führung der große Teile Zentralasiens umfassende Shanghai-Kooperationsrat gegründet.

Beim Umgang mit der Bedrohung durch das nuklear gerüstete Nordkorea wirkt Peking, auch aus Eigeninteresse, mäßigend auf die unberechenbare Diktatur in der unmittelbaren Nachbarschaft ein. Es steht dabei an der Seite der USA und der Anrainerstaaten. Aber vorschreiben lässt sich die Volksrepublik ihre Agenda von keinem, schon gar nicht von Washington. Beim Konflikt um den West-Sudan verhindert Peking mit einem angedrohten Veto im Sicherheitsrat ein schärferes Vorgehen gegenüber Khartum – die Volksrepublik ist ein Hauptabnehmer des sudanesischen Öls.

Wie selbstbewusst, aber auch aggressiv und entschlossen Chinas Staatsführung an die Taiwan-Frage herangeht, erfuhr erst Anfang Juli Präsident Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in Peking. Man verurteile die neuesten Waffenverkäufe der USA an die „abtrünnige Provinz“ aufs Schärfste, wurde sie belehrt. Schon ein Referendum der Politiker in Taipeh zur staatlichen Unabhängigkeit werde als „Kriegserklärung“ aufgefasst und mit einem Angriff beantwortet. Spätestens bis zum Jahr 2020 müsse die Insel heim ins Reich, entweder auf friedlichem Wege oder eben anders. Tage später begann eine waffenklirrende Militärübung der Volksbefreiungsarmee – ganze 280 Kilometer von Taiwan entfernt.

Japan und Südkorea halten bei solchen martialischen Gesten gegenüber der demokratisch legitimierten Regierung Taiwans still. Die wirtschaftliche Abhängigkeit beider Staaten, deren größter Handelspartner Peking inzwischen ist, erlaubt keinen offenen Zwist mit ihrem Riesennachbarn. Noch deutlicher gilt das für die kleineren Anrainerstaaten wie Burma, wo der Renminbi in manchen Grenzregionen inzwischen die zweite Landeswährung ist. Die Volksrepublik ist ohne Zweifel dabei, zur bestimmenden Kraft Asiens zu werden. Eine gar nicht mehr heimliche Großmacht – und manchmal sogar eine unheimliche.

„Wenn China erwacht, erbebt die Welt“, hat Napoleon Bonaparte einmal gesagt. Heute sieht der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger die Prophezeiung erfüllt: Eine dramatische Verlagerung der internationalen Politik spiele sich vor unseren Augen ab, meint er – „das Gravitationszentrum der Politik verschiebt sich in den pazifischen Raum“, und vornedran China. Auch Konrad Seitz, früherer deutscher Botschafter in Peking, hält den Aufstieg der Volksrepublik für die derzeit wichtigste Entwicklung: „Das verschiebt fundamental die politischen Machtverhältnisse in Asien und die Wettbewerbssituation auf den Märkten.“

Die „New York Times“ rief – nach dem vergangenen amerikanischen Jahrhundert – im Juli 2004 schon das neue „chinesische Jahrhundert“ aus: „Das Land hat sich verändert, nun verändert es die Welt.“

Ein bisschen sogar den Weltraum. Im Oktober vergangenen Jahres schossen die Chinesen nach den Sowjets und Amerikanern als dritte Nation einen Menschen ins All. Voller Nationalstolz fanden sie für den Mann in der Schwerelosigkeit eine neue Wortschöpfung: „Taikonaut“ (abgeleitet von „Taikong“, Chinesisch für „Weltraum“); die Raumkapsel ließ die Regierung, offiziell dem Atheismus ver-

AP

Landemanöver der Volksbefreiungsarmee gegenüber der Küste Taiwans: *Den Abtrünnigen gedroht*

pflichtet, „Göttliches Schiff“ („Shenzhou“) taufen.

Im inneren Zirkel des Pekinger Politbüros, dessen neun Mitglieder allesamt ausgebildete Ingenieure sind, glüht man vor Nationalstolz. „Der Mond ist jetzt ein Ami“, hat vor 35 Jahren, nach dem ersten Moon-Walk des US-Astronauten Neil Armstrong, die größte deutsche Boulevardzeitung gedichtet. Heißt es nun bald: „Der Mann im Mond – ein China-Mann“?

Der erste Weltraumtrip war nur eine erstaunliche technische Errungenschaft in einer langen Reihe von beeindruckenden Forschungserfolgen. Chinesischen Wissenschaftlern ist es beispielsweise gelungen, einer krebsgeschädigten Frau den Eierstock

einer Gesunden einzupflanzen, menschliche Embryonen zu klonen sowie Teile des Reis-Erbguts zu entschlüsseln. „Ihr seid die Zukunft“, rief tief beeindruckt ob des gezeigten Einfallsreichtums und der Wissbegierde in Peking Eric Lander, führender amerikanischer Genforscher vom Massachusetts Institute of Technology, jungen chinesischen Forschern zu. Und natürlich ist mit einem Microsoft-Forschungszentrum auch schon Bill Gates vor Ort. Er konnte sich nicht vorstellen, seine Idee von einem Dialogsystem zwischen Mensch und Computer irgendwo anders als in China zu entwickeln.

Da werden Erinnerungen wach an eine große, historische Zeit im Reich der Mitte – als das Land sich zu Recht als technologischer und politischer Nabel der Welt fühlte, als seine Herrscher glaubten, „das Mandat des Himmels“ zu besitzen.

Seide, Seismograf und Schießpulver verdankt die Welt diesem China. Es entwickelte den magnetischen Kompass und die mechanische Papierherstellung; das Reich der Mitte besaß ein hoch entwickeltes Staatswesen, als Europa und Amerika noch mit primitiven Waffen jagten oder im mittelalterlichen Dunkel vor sich hin dämmerten. Bis ins 15. Jahrhundert galt China als Land mit der fortgeschrittensten Technologie und dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt – bis es dann lange in selbstgefälliger Isolierung und kolonialer Ausbeutung versank, die industrielle Revolution weitgehend verschlief.

Und nun – nach den Zwischenzeiten kommunistisch-maoistischer Verirrungen, die sich als hinderliche, aber doch dünne Staubschicht über die jahrtausendjährige Geschichte des Landes zogen – ein neuer großer Sprung nach vorn für das Händlervolk? Vorwärts in die Vergangenheit, China wieder auf dem Weg zur Nummer eins? Ein Milliarden-Reich unaufhaltsam dabei, das Beste an westlicher Technologie zu erwerben (oder illegal zu kopieren), von jener lähmenden Arroganz weitgehend befreit, die den Kaiser Qianlong 1793 zum Abgesandten des britischen Königs sagen ließ, es bestehe „kein Bedarf“ an englischen Produkten, aber der Barbar könne nach dem Kotau gern Gehorsam schwören?

Die Dinge haben sich grundlegend gewandelt. Heute besteht die Angst des Westens nicht darin, dass China sich isoliert, sondern darin, dass es mit seinen Billiglöhnen und dem unbändigen Fleiß seiner Arbeiter den Europäern und Amerikanern die Arbeitsplätze „stiehlt“.

Und die Hoffnung des Westens beruht darauf, dass China der große Abnehmermarkt für seine Waren ist. Deutsche Manager neigen zur China-Euphorie, der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff spricht gar von „einer gewissen China-Besoffenheit“.

„Unglaublich prickelnd“ sei es, „wie die Leute nach vorne wollen“, schwärmte etwa der Vorstandsvorsitzende von Schwäbisch Hall, Alexander Erdland. „Panda-Schmuser“ seien die Deutschen, sagen unter der Hand leicht verächtlich chinesische Politiker und Wissenschaftler, die Probleme in ihrem eigenen Land längst kritischer sehen als die ihren Gastgebern oft nach dem Mund redenden Germanen.

In Shanghai entsteht ein neues, supermodernes German Centre. „Man kann es sich gar nicht leisten, in China nicht dabei zu sein“, meint Heinrich von Pierer, scheidender Siemens-Chef. Dabei weiß natürlich auch er, wie viele deutsche Unternehmen – aus Naivität, aus Selbstüberschätzung, wegen ihrer unflexiblen Produktpalette oder manchmal von ihren chinesischen Partnern schlicht über den Tisch gezogen – in der Volksrepublik scheitern.

Chinesische Wirtschaftsexperten sind mit Prognosen eher vorsichtig optimistisch. Oder wie Professor Xu Xiaonian beim SPIEGEL-Interview sogar ausgesprochen skeptisch, was den reibungslosen Aufstieg der Volksrepublik zur Supermacht angeht (siehe Seite 122). Peking habe dabei versagt, der wirtschaftlichen Liberalisierung eine politische Öffnung folgen zu lassen –

ohne Rechtssystem aber werde das Land keinen langfristigen Aufschwung zu Stande bringen, meint Xu.

Chinas Führung sendet in diesen Monaten in der Tat widersprüchliche, manchmal geradezu gegensätzliche Signale aus.

Im Dezember 2003 zum Beispiel hat das Zentralkomitee der KP zugestimmt, den Schutz des Privateigentums in die Verfassung aufzunehmen, im März 2004 machte der Nationale Volkskongress im Artikel 13 die „Unverletzlichkeit“ amtlich. Ebenso wird die Privatwirtschaft Chinas im neu gefassten Artikel 11 „ermuntert“ und „unterstützt“ – eine wahrhaft epochale Wende für ein kommunistisches Reich.

Doch in der Regierungspraxis werden Privatbetriebe, die inzwischen fast zwei Drittel von Chinas Wirtschaftsleistung erbringen, gegenüber dem staatlichen Sektor weiterhin benachteiligt. Noch immer herrscht keine Rechtssicherheit, die Steuern und Gebühren sind für die Privaten höher. Beim Zugang zu Krediten, zu Arbeitsmarkt und Außenhandel sowie zu Börsennotierungen bleiben sie diskriminiert.

Noch brennender ist das Problem des sozialen Ausgleichs. Die Kluft zwischen Arm und Reich, Küste und Binnenland, Stadt und Land nimmt weiter zu – ohne dass Parteichef Hu Jintao, 61, und Premier Wen Jiabao, 62, die das Problem immerhin benennen, ein durchgängig schlüssiges Gegenkonzept erkennen ließen. Sie wissen nur, was sie definitiv nicht wollen. Demokratie wie in den westlichen Ländern sei für China eine „Sackgasse“, sagt Staatspräsident Hu, der seit Mitte September auch oberster Militärchef des Landes ist und damit zumindest theoretisch die Machtfülle besitzt, die Verhältnisse zu ändern. Doch wahre Mitbestimmung des Volkes fürchtet die KP immer noch wie der Teufel das Weihwasser.

In Chinas reichster Stadt Shenzhen, nahe der Sonderverwaltungsregion Hongkong gelegen, hat der Lebensstandard mitteleuropäische Höhen erreicht; südwestliche Provinzen wie Guizhou krebsen weit unter Indien-Niveau. Ein Shanghaier Unternehmer gibt beim Mittagessen mit Kollegen in Vorzeigerestaurants wie dem „M on the Bund“ locker das Jahresgehalt eines Bauern aus. Der dringend geforderte Aufbau eines nationalen Sicherungssystems mit Pensionen und Arbeitslosengeldern steckt noch in den Anfängen – Verlierer im Verteilungskampf ist ausgerechnet das einst von der KP verklärte Arbeiter- und Bauernproletariat, das sich immer häufiger auch mit Streiks und wütenden Demonstrationen zur Wehr setzt.

Sogar die KP muss zugeben, dass in den Dörfern Chinas die Armut wieder zunimmt, nach offiziellen Statistiken um 800 000 Menschen im Jahr 2003. Die Partei versucht das vor allem mit Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben zu begründen, doch die Erklärungen wirken wenig glaubwürdig. Allein schon die Inflationsrate, zuletzt über fünf Prozent, ist für die Bauern eine schwere Last.

(Deng Xiaoping)

„Werdet wohlhabend.“

Die neuen Parteiführer propagieren nach außen hin eine neue Offenheit; „den Menschen zur Hauptsache machen“, lautet die aktuelle, landesweit verbreitete KP-Parole. Parteichef Hu erklärt den Anti-Korruptions-Kampf zur Chefsache – in den letzten Monaten wurde ein halbes Dutzend hoher Provinzfunktionäre wegen Diebstahls zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Premier Wen schüttelt vor laufenden Kameras einem Aids-Kranken die Hand und macht so die in China lange vernachlässigte, sich wie eine Epidemie ausbreitende Immunschwächekrankheit zum politischen Thema.

Doch nur „konstruktive“ Kritik ist erlaubt, „zersetzende“, die Parteilegitimation in Frage stellende Kritik führt ins Arbeitslager oder Gefängnis. Jiang Yanyong hat das gerade am eigenen Leib erlebt. Im Frühjahr 2003 wurde der Mediziner noch gefeiert, weil er auf den wahren Umfang der Sars-Infizierungen in China aufmerksam machte; der die Krankheit verharmlosende Gesundheitsminister verlor sogar seinen Job. Als der „ehrliche Doktor“ („Volkszeitung“) allerdings vor dem 15. Jahrestag des Tienanmen-Massakers in einem offenen Brief eine Neubewertung der von der KP immer noch verteidigten Schüsse auf die Demonstranten forderte, zerrte man ihn auf offener Straße in einen Wagen und sperrte ihn wegen schwerer „gedanklicher Irrtümer“ ein. Nach internationalen Protesten kam er Mitte Juli wieder frei – keiner weiß, ob er es auch bleibt.

Widersprüchlich präsentiert sich auch das Rechtssystem. In den letzten 25 Jahren ist die Zahl der Anwälte von 2000 auf 120 000 explodiert, 70 Prozent aller Richter haben inzwischen eine juristische Ausbildung durchlaufen, zwei vom Obersten Gericht studierten sogar in Harvard und Yale. Bei Auseinandersetzungen in den Dörfern ist von dieser Internationalisierung nicht viel zu spüren, da ist es immer noch üblich, dass man sich ein Urteil erkauft oder seine „Guanxi“ („Beziehungen“) spielen lässt. Und nach wie vor hält die Volksrepublik auch einen traurigen Weltrekord: Nirgendwo werden so viele Todesurteile vollstreckt. 726 Hinrichtungen wurden von Amnesty International während des Jahres 2003 berichtet; seit ein chinesischer Parlamentsabgeordneter vor wenigen Monaten von 10 000 Todesurteilen jährlich sprach, ahnt man, dass die Dunkelziffer weit höher liegt. Die kapitale Strafe kann übrigens nicht nur für Mord und Vergewaltigung verhängt werden, sondern auch für Steuerbetrug.

Immerhin scheinen inzwischen manche Grundlagen

CHINAPIX / ACTION PRESS

Taikonaut Yang Liwei*: *Ist der Mann im Mond bald ein Chinese?*

* Am 15. Oktober 2003 vor dem Start im Weltraumzentrum Jiuquan.

MATTHIAS LUEDECKE

Traditioneller Markt in Shanghai: *„Was sich nicht vermeiden lässt, kann man auch gleich begrüßen“*

einer Zivilgesellschaft gelegt: Es werden jetzt auch Gerichtsverfahren gegen die Regierung angestrengt, manche sogar gewonnen. Menschenrechtsgruppen prangern Umweltskandale an. Privatkanzleien, die per Anzeige um Kunden werben, formulieren Klagen. Ein Arbeiter, der wegen einer defekten Maschine beide Arme verlor, erhielt in Shenzhen 30 000 Dollar Schmerzensgeld zugesprochen; eine Baufirma in Peking, die 500 Hilfskräfte ein Jahr lang nicht entlohnt hatte, wurde zu 608 000 Dollar Nachzahlungen verurteilt.

Weniger erfolgreich war dagegen der Anwalt Zheng Enchong, der in Shanghai den Opfern staatlich verordneter Abrissmaßnahmen zum Bleiberecht in ihren Häusern verhelfen wollte. Er scheiterte – und wurde 2003 unter dem absurden Vorwurf, Staatsgeheimnisse verraten zu haben, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Fraglich, ob ihm der im März 2004 neu in die Verfassung aufgenommene Grundsatz („Der Staat respektiert und schützt die Menschenrechte“) geholfen hätte.

Erfolge und Misserfolge prallen auch in der Wirtschaftspolitik aufeinander. Die Regierung in Peking hat in den vergangenen Monaten fieberhaft versucht, die allzu großzügige Kreditvergabe der vier großen Staatsbanken abzubremsen. Das überhitzte Wirtschaftswachstum konnte im zweiten Quartal auf 9,6 Prozent abgeschwächt werden: nach Expertenmeinung ein positives Zeichen Richtung „weiche Landung“. Doch noch sitzen die großen Geldinstitute auf faulen Anleihen in Milliardenhöhe. Da sie weiter die maroden Staatsbetriebe, vor allem in der Schwerindustrie, am Leben erhalten sollen, ist eine Lösung nicht abzusehen.

Auch die Hitzewelle im Sommer 2004, nach dem chinesischen Kalender das „Jahr des Affen“, zeigt die Schwächen der chinesischen Infrastruktur. Im ganzen Land, vor allem in den Energie verschlingenden Großstädten, wird der Strom rationiert: die Kehrseite des Wirtschaftserfolgs und der Konsumsteigerung. Allein in Shanghai mussten 2100 Unternehmen auf Befehl der Stadtoberen durchgehend nachts arbeiten – eine pragmatische, aber wenig überzeugende Zwischenlösung. In einigen Orten Nord- und Westchinas muss sogar das Wasser rationiert werden.

Und was wird auf dem Energiesektor erst passieren, wenn sich der Lebensstandard weiter so dramatisch entwickelt? Wird sich der Chinese auf ewig mit einem Fünftel dessen begnügen, was ein Amerikaner an Wasser verbraucht, und mit einem Zehntel an Energie? Wird das rekordsüchtige China bis zum Jahr 2040 nicht auch die Nummer eins im Ausstoß von Treibhausgasen werden, die so schädlich sind für das Klima der Welt?

Es knirscht in China also an allen Ecken und Enden, Gesetzesanspruch und Gesetzeswirklichkeit klaffen schmerzlich auseinander. Doch obwohl wegen mancher zum Himmel schreienden Ungerechtigkeiten ein Grummeln durchs Land – vor allem durchs Bauern-Land – geht; obwohl die Partei hochgradig unbeliebt ist und nach einer Umfrage 80 Prozent der Menschen auf den Dörfern und 75 Prozent der Städter ihre Kader für „korrumpierbar“ halten; obwohl die Arbeitslosigkeit in den „Rostgürtel“-Städten mit ihren vorgestrigen Staatsindustrien zunimmt und nach weiteren Massenentlassungen noch dramatischer steigen dürfte: Die Chinesen lassen sich nicht entmutigen.

„Was sich sowieso nicht vermeiden lässt, kann man auch gleich begrüßen“, heißt ein Sprichwort im Reich der Mitte. Die überwältigende Mehrheit der Chinesen scheint fest daran zu glauben, dass es für sie – und ihre Kinder – eine bessere Zukunft geben kann. Und dass sie es selbst in die Hand nehmen muss, diese Zukunft zu gestalten.

Das Fotomodell Yang, der Hilfsarbeiter Wang und der Unternehmer Li sind drei von diesen 1,3 Milliarden. Drei Bauernkinder, die aufgebrochen sind, eine neue Existenz zu suchen. Drei im Taifun, der das ganze Land durcheinander wirbelt

MICHAEL WOLF / LAIF

Moderne Luxuswohnung in Shanghai: *Statt Maos bedürfnislosen „Neuen Menschen“ jetzt Menschen, die öfter etwas Neues wollen*

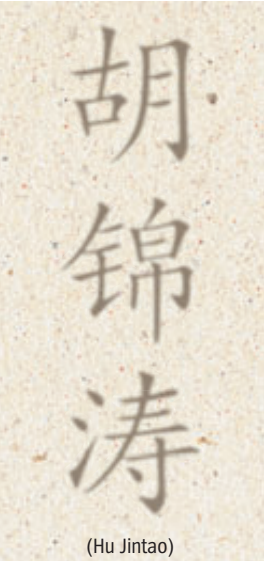
und überraschende, im Reich der Mitte bisher ungehörte, unerhörte Lebensläufe schafft.

Nichts weniger als den „Neuen Menschen“ hatte Mao in seinem sozialistischen China schaffen wollen, anspruchslos, seiner individuellen Wünsche entledigt, eingebettet in eine gleichmachende Gesellschaft und überall einsetzbar nach dem Willen der Partei. Auch 28 Jahre nach dem Tod des Großen Vorsitzenden werden Menschen in China „neu geschaffen“ – durch das Skalpell eines Schönheitschirurgen zum Beispiel.

Yang Yuan, 20, stammt aus der Provinz Henan im Herzen Nordchinas, berühmt für seine Shaolin-Kampfsportler, aber im landesweiten Wettkampf um gute Jobs und Aufstiegschancen ziemlich weit hinter den Küstenprovinzen zurückgeblieben. Schon vor zwei Jahren sah die ehrgeizige Bauerntochter nur eine Möglichkeit, nach oben zu kommen, dorthin, wo es die schönen Kleider, die schnellen Autos, das Luxusleben gibt, das ihr aus Pekinger Fernsehshows und Shanghaier Lifestyle-Zeitschriften vertraut ist: Yang erkannte, dass ihre gute Figur die beste Marktchance bot. Die Gertenschlanke mit den langen Beinen wollte Fotomodell werden oder zum Film. Oder mindestens als Empfangsdame ins Glitzer-Foyer einer Erfolgsfirma. Sie bewarb sich bei Schönheitswettbewerben in der Provinz – mit mäßigem Erfolg.

Längst betrachtet die Partei Misswahlen nicht mehr als „spirituelle Umweltverschmutzung“ wie einst. Im Urlaubszentrum Sanya auf der subtropischen Insel Hainan findet nun schon zum zweiten Mal hintereinander die „Miss-World-Wahl“ statt. Ein solch geschäftsfreundliches Klima, extrem aufgeschlossen für Kosmetik- und andere Beauty-Produkte, gebe es sonst auf der ganzen Welt nicht, sagen die internationalen Organisatoren.

Aber die innerchinesische Konkurrenz der jungen Damen um einen lukrativen Platz an der Schönheits-Sonne ist groß. Als Yang voller Begeisterung und Tatendrang nach Peking kam, erkannte sie schnell selbstkritisch: Sie war wohl kaum die Schönste im ganzen Land. Sie fand keinen Glamour-Job, musste sich in eine winzige Vorstadtwohnung einmieten. So hatte sie sich ihre Eroberung der Hauptstadt nicht vorgestellt. Sie meldete sich schließlich in einer der zahlreichen Spezialkliniken an, legte sich unters Messer. Vier Stunden schnippelte der Schönheitschirurg an ihr herum, modellierte Mund, Nase und (Rund-)Augen auf westliches Filmstar-Idealmaß. Preis: 11 000 Euro, bezahlt auf Pump; leichter Preisnachlass, weil die Runderneuerte dem Institut erlaubte, Vorher-Nachher-Fotos auszuhängen.



(Hu Jintao)

„Die größte Gefahr für die Partei seit der Machtübernahme ist, dass sie den Kontakt zum Volk verloren hat.“

Die Bilder wurden Yang zum Verhängnis. Die Jury der Miss-Peking-Wahlen schloss sie aus, nachdem eine Konkurrentin um die Krone sie verpetzt hatte; „künstliche Schönheiten“, hieß es aus Veranstalterkreisen, wolle man nicht. Da waren sie aber bei der resoluten jungen Dame aus Henan an die Falsche geraten: Was für ein Karriererückschlag, was für ein ungerechter Gesichtsverlust! Nirgendwo in der Ausschreibung werde eine ganz und gar naturbelassene Schönheit gefordert, gab Frau Yang protestierend zu Protokoll. Sie nahm sich einen Anwalt – und fand tatsächlich

„Wir brauchen Respekt vor dem Recht“

Wirtschaftsexperte Xu Xiaonian über die Grenzen des Wachstums und den Zwang zur Reform

Xu , 51, ist Professor in Shanghai und ein Wanderer zwischen sozialistischen und kapitalistischen Welten: In den achtziger Jahren arbeitete er im Pekinger Staatszentrum für Entwicklungsforschung, später war er Berater der Weltbank in Washington.

SPIEGEL: Chinas Wirtschaft brummt: Peking verzeichnet Exportrekorde, riesige Investitionen, Wachstumszahlen, von denen westliche Politiker nur träumen können – die Welt staunt. Ist dieser Enthusiasmus berechtigt?

Xu: Chinas Wachstum ist wie ein Wunder, aber das Wunder könnte verfliegen. Nachhaltiges Wachstum entsteht nur durch technische und institutionelle Innovationen, die Produktivität steigern. Davon habe ich bisher in China nicht viel entdeckt.

SPIEGEL: Eine Stadt wie Shanghai gilt doch vielen als Zukunftsmodell.

Xu: Äußerlich vielleicht. Aber schauen Sie sich etwa den Jin-Mao-Turm an – Chinas höchstes Hotel- und Bürogebäude –, jeden Tag verliert er Geld, so heißt es wenigstens. Die Fundamente unseres Wirtschaftswachstums sind brüchig. In Finanzkreisen sagt man: je spektakulärer der Anstieg, desto dramatischer die Talfahrt.

WU JIANXIN / IMAGINECHINA

Ökonom Xu
„Zu wenig, zu spät“

SPIEGEL: Wie sähe eine solche „harte Landung“ aus?

Xu: Die Blase des Immobilienmarkts würde platzen, die Arbeitslosigkeit wachsen, Firmen gingen Pleite. Für die Weltwirtschaft hätte das verheerende Folgen.

SPIEGEL: Der Pekinger Regierung wird das enorme Wachstum selbst unheimlich, sie hat die Staatsbanken angewiesen, weniger Kredite auszugeben.

Xu: Selbst wenn Peking das Tempo verlangsamen will: Der Widerstand der Provinzregierungen dürfte nur schwer zu überwinden sein. Ortsbeamte setzen auf höheres Wachstum.

SPIEGEL: Nach dem bewährten Motto: Die da oben geben den Kurs vor, wir hier unten steuern dagegen.

Xu: Genau. Die Funktionäre brauchen in ihrem Bereich herausragende Ergebnisse, nur die helfen ihnen, die Karriereleiter zu erklimmen. Wenn ein Provinzgouverneur einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts von 6 Prozent vorweisen kann, der andere hingegen 15 Prozent, dann ist wohl klar, wer die besseren Aufstiegschancen hat. Mehr Wachstum in der lokalen Wirtschaft bedeutet mehr Jobs, höhere Steuereinnahmen – und vielleicht auch höhere Verdienste der Beamten.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Xu: Je mehr Investitionsprojekte genehmigt werden, desto mehr fällt für die Bürokraten ab. Schmiergelder sind, wie man weiß, weit verbreitet. Dies ist vermutlich einer der Gründe, warum bislang keine einzige Provinzregierung die Überhitzung der lokalen Wirtschaft zugab.

SPIEGEL: Peking hat inzwischen den Bau neuer Stahl-, Aluminium- und Zementwerke verboten.

Xu: Die Nationale Reformkommission hat die Direktive erlassen, in diesen Bereichen Investitionen einzufrieren. Aber sie geht wahllos vor, auch gesunde Investitionen sind nun in Gefahr. Bei der Auswahl von Projekten sollten wir mehr den Markt entscheiden lassen. Um den Investitionstaumel zu bremsen, müsste die Regierung indirekte und marktorientierte Methoden einsetzen, etwa die Zinsen erhöhen oder die Geldmenge verknappen. Je mehr Regierungsorganisationen aber beteiligt sind, desto größer ist das Problem der Korruption.

SPIEGEL: Man kann doch nicht behaupten, Chinas Wachstum sei eine Blase.

Xu: Die absoluten Zahlen sind imponierend. Aber sehen Sie sich die über 50 Milliarden Dollar Investitionen pro Jahr genauer an: Ein großer Teil dieser Beträge stammt aus Hongkong und von Unternehmen, die in der Karibik registriert sind. Experten vermuten, dass dies eigentlich heimisches Geld ist. Unter dem Namen „Auslandsinvestition“ genießen die Anleger besseren rechtlichen Schutz und andere Privilegien.

SPIEGEL: Und dennoch gilt China Ausländern als begehrte „Werkstatt der Welt“. Längst werden nicht mehr nur Spielzeug, Uhren und T-Shirts hergestellt, sondern auch Millionen Autos.

Xu: Natürlich ist China in der Lage, Autos zu bauen, aber eigentlich nur Volkswagen, Buicks und Toyotas. Die heimischen Autohersteller hängen in Kernbereichen von ausländischen Partnern ab, sie sind noch nicht fähig, eigene Technologien zu entwickeln.

SPIEGEL: Die KP-Führung verspricht der gesamten Milliardenbevölkerung „bescheidenen Wohlstand“. Zu Unrecht?

Xu: Einige Ökonomen nennen den Boom „geborgten Aufschwung“. Hinter der glänzenden Fassade verbirgt sich ein riesiger Schuldenberg. Die Schulden wuchsen doppelt so schnell wie das Bruttosozialprodukt. Das bedeutet eine schwere Bürde für den ohnehin knappen Staatshaushalt. Vom schlecht ausgestatteten Sozialversicherungssystem ganz zu schweigen: Um diese Löcher zu füllen, brauchte man bis zu 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eines Jahres.

SPIEGEL: Peking versucht, die maroden Staatsbanken zu reformieren und durch Hilfen wieder flottzumachen.

Xu: Ich fürchte, das ist zu wenig und könnte auch zu spät sein. Gewiss werden Milliarden Yuan an faulen Krediten abgeschrieben. Aber müssten wir uns dabei nicht wenigstens fragen, wer für den Schlamassel verantwortlich ist? Solange das nicht geschieht, befürchte ich, werden die Fehler bloß wiederholt werden – in immer größerem Maßstab.

SPIEGEL: Auch die USA haben seinerzeit ihren Sparkassen mit staatlichen Finanzspritzen aus der Krise geholfen.

Xu: Bei der Affäre um den Kollaps der Spar- und Darlehenskassen wurden in den USA aber Tausende Bankangestellte vor Gericht gestellt, Hunderte kamen hinter Gitter. In China wurde niemand verantwortlich gemacht. Die Botschaft an die Bankbeamten konnte nicht deutlicher sein: Du darfst bei der Kreditvergabe Mist bauen und kommst dennoch ungeschoren davon.

SPIEGEL: Wann wird der Gegensatz zwischen Arm und Reich zur Gefahr?

Xu: Solange sich Familien mit niedrigen Einkommen jeden Tag satt essen, solange sie sich kleiden können und ein Dach über dem Kopf haben, scheint es sie nicht zu stören, wenn der Nachbar reicher ist als sie. Ungleichheit wird erst dann zum Pro-

FAN JIAYONG / IMAGINECHINA

Fabriken und Arbeiterwohnviertel im nordostchinesischen Benxi: *Krank durch Umweltverschmutzung*

blem, wenn große Bevölkerungsschichten in die Armut zurückfallen. Als Ökonom glaube ich, dass gleiche Chancen wichtiger sind als gleiches Einkommen. Wenn also Regierungskader und ihre Kinder superreich werden, weil sie ihre Positionen ausnutzen, während einfachen Leuten der Weg zum sozialen Aufstieg verstellt ist, dann gerät die soziale Stabilität in Gefahr.

SPIEGEL: Was soll die Führung tun, um nachhaltiges Wachstum durchzusetzen?

Xu: Wir brauchen Strukturreformen, um die Gelder effizienter verteilen zu können und technologische Innovationen zu fördern. Vor allem aber sollte sich die Regierung nicht länger in den wirtschaftlichen Alltag einmischen. Die Zentralbank, die Aufsichtsbehörden und das Rechtssystem sollten unabhängig von der Verwaltung arbeiten können. Außerdem sollten die Privaten und die Staatsunternehmen gleich behandelt werden. Private Investoren müssen auch in strategisch wichtigen Bereichen wie Erdöl, Kommunikation und Bankwesen zugelassen werden.

SPIEGEL: Das würde bedeuten, das gesamte System umzukrempeln.

Xu: Die Marktwirtschaft ist in China so weit vorangeschritten, dass das übrige System nicht mehr passt. Ich meine damit das Rechtssystem, die Aufsichtsbehörden und andere Institutionen. Ohne sie können Märkte nicht gut funktionieren, wie wir in Russland gesehen haben. Ein zentraler Punkt beim Aufbau solcher Institutionen für eine Marktwirtschaft ist die Art und Weise, wie die Regierung arbeitet. Ein Grundprinzip will ich dabei betonen: Wir brauchen Respekt vor der Herrschaft des Rechts und den Rechten der Menschen.

SPIEGEL: Die KP behauptet, politische Reformen würden das Land ins Chaos stürzen.

Xu: Es gibt zwei Ansätze, strukturelle Änderungen zu fördern: drastisch wie beim Big Bang in Russland. Oder sanft wie in China – was aber nicht heißt, unentschlossen. Chinas Erfahrung mit 25 Jahren Reform hat bewiesen, dass grundsätzliche Änderungen möglich sind und gleichzeitig soziale Stabilität gewahrt bleiben kann.

INTERVIEW: ANDREAS LORENZ, STEFAN SIMONS

ein Pekinger Gericht, das ihren Fall zu verhandeln bereit war.

Die Klage der „Plastik-Beauty“ („China Daily“) wurde abgewiesen. Auch wenn Yang jetzt leer ausging, steht ihr ein anderer, neuer Wettbewerb offen: Ein Pekinger Geschäftsmann will im November eine Miss-Wahl veranstalten, an der ausdrücklich nur solche Frauen teilnehmen dürfen, die ihr Aussehen von Chirurgen gestalten ließen. Ein Kampf um den schönsten von Menschenhand gestalteten „neuen Menschen“, ein Frankenstein-Festival sozusagen – so etwas ist noch nicht einmal der Silikon-Carne-Hauptstadt Hollywood in den Sinn gekommen.

Glamour, Gucci, Givenchy? Das alles sagt dem ungelernten Arbeiter Wang Zhao, 34, aus der ostchinesischen Bauernprovinz Anhui überhaupt nichts. Der Familienvater hat andere Sorgen.

Die „Eiserne Reisschüssel“ des Sozialismus, die staatliche Beschäftigungsgarantie mit Minimalbezahlung, aber einigermaßen zuverlässiger Absicherung, ist zerborsten, als er noch ein Teenager war. Gerade auf dem weiten Land heißt es nun: entweder ein kärgliches Leben im Dorf fristen und den winzigen Hof der Familie weiter be-

wirtschaften, dabei chancenlos hinter den Lebensstandard der Städter zurückfallen – oder sich dem „blinden Strom“ genannten Treck der innerchinesischen Wanderarbeiter anschließen, der vielleicht größten „Völkerwanderung“ aller Zeiten.

Rund 150 Millionen Chinesen haben ihren Dörfern schon den Rücken gekehrt, bis zum Jahr 2020 werden es nach Expertenschätzungen über 300 Millionen sein, so viele, wie die USA Einwohner haben. Sie ziehen in die Hauptstadt oder in die Metropolen der „Goldküste“, nach Shanghai, Xiamen, Kanton. Sie sind die Arbeitsreserve für die riesigen Bauprojekte, schuften für Minimallöhne und weitgehend ohne soziale Absicherung. Ohne das Heer der Wanderarbeiter wäre Chinas Wirtschaftswunder nicht denkbar.

Was wie ein Zug der Verzweifelten erscheinen könnte, ist für viele Beteiligte auch und vor allem ein Stück Hoffnung – noch vor zwei Jahrzehnten hat eine strenge Wohnsitzkontrolle die Mobilität erschwert, jede Chance unterdrückt. Der amerikanische Autor und China-Kenner Orville Schell glaubt sogar, die Volksrepublik erlebe derzeit die glückliche Zeit, „in der ‚Ausbeuter‘ und ‚Ausgebeutete‘ eine Interessensymbiose verbindet“ – wie lange die anhält und ob sie nicht eines Tages in Aggressivität umschlägt, vermag er allerdings nicht zu sagen. Das weiß keiner.

Wang, ein drahtiger Mann mit Stoppelhaarschnitt, schiefem Schneidezahn und viel gesundem Menschenverstand brach im Frühjahr 2002 aus seinem Dorf auf, er hatte von Freunden eine Adresse in Peking zugesteckt bekommen. Erst ging es mit dem Bus in die Stadt Xuzhou, aufregend genug. Die anschließende 14-Stunden-Zugfahrt in den überfüllten Waggons der „Harte-Sitze-Klasse“ sowie die dann am Horizont auftauchende Skyline der Hauptstadt waren für den Bauernsohn eine Offenbarung. Nie zuvor war er mehr als 30 Kilometer aus seinem 3000-Seelen-Dorf Caocun herausgekommen.

Der Wanderarbeiter schuftet jetzt in Pekings Central Business District, wo ein Multimillionen-Dollar-Komplex aus Einkaufspassagen und Büros entsteht. Sein Bautrupp zieht direkt an der „Brücke der Großen Hoffnung“ einen Turm mit Luxusapartments hoch. Wang hat es nach ersten Hilfsarbeitertätigkeiten zum Kranaufseher gebracht. Das Mickymaus-Hemd schweißnass, dirigiert er über Walkie-Talkie den Mann oben in seiner Kanzel. Er schiebt jeden Tag zwei Schichten je sechs Stunden, sieben Tage die Woche.

ZENG NIAN / GAMMA / STUDIO X

Unternehmer Li Qinfu: *Drang nach Reichtum*

KATHARINA HESSE

Wanderarbeiter Wang Zhao: *Kampf ums Überleben*

SHI YI / IMAGINECHINA

Schönheitskönigin Yang Yuan: *Lust auf Karriere*

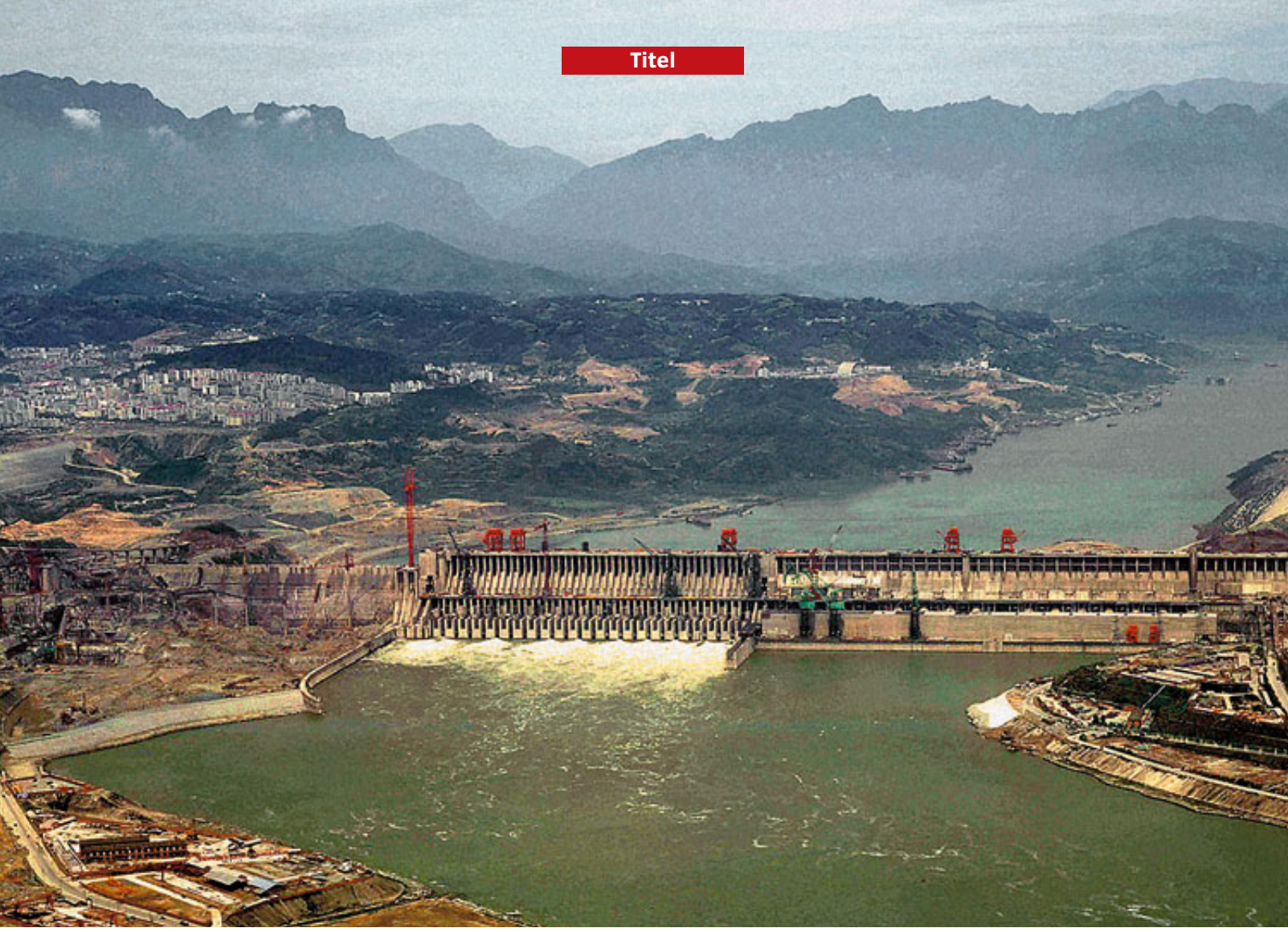
Hat er wenigstens den Himmelstempel oder die Verbotene Stadt, Pekings nur wenige Kilometer entfernte Hauptsehenswürdigkeiten, schon besucht? „Keine Zeit“, sagt Wang. In den Pausen schläft er in einem Etagenbett einer kargen Baracke, zehn Mann in einem Zimmer. Auch 13-Jährige sind unter seinen Kollegen.

Für jeden Tag Arbeit stehen ihm knapp vier Dollar zu, der Arbeitgeber zieht ihm einen davon fürs Kantinenessen und das Bett ab. Das Geld gibt es erst am Jahresende; in der Zwischenzeit stellt ihn der Baukonzern „Fünf Seen“ mit einem monatlichen Taschengeld von zwölf Dollar ruhig. „Damit will die Firma die Arbeiter zwingen, ihren Job ordentlich zu machen und nicht abzuhauen“, sagt Wang achselzuckend. Im letzten Jahr, immerhin, haben die Bosse gezahlt. Und angeblich hat die Firma für ihn auch eine Lebensversicherung abgeschlossen. Da findet es Wang nicht so schlimm, dass er den Betriebsarzt, seinen Schutzhelm und die Arbeitskleidung selbst bezahlen muss.

Sein einziger Luxus ist ein Handy. Einmal im Monat ruft Wang seine Frau an, holt die beiden Söhne ans Telefon. „Danach fühle ich mich besser und kann ohne Sorgen arbeiten“, sagt er. Und sich freuen auf den Oktober, auf die Erntezeit auf dem Land. Denn dann wird er zurück in seinen Weiler fahren, wie voriges Jahr. Wird die Dorfstraße hinunterwandern, eine trostlose Zeile von verlassenen Werkstätten, vorbei an dem Kesselflicker und dem Sargmacher, zu seinem kleinen Grundstück. Hier hat er sich von dem eisern gesparten Geld ein Haus gebaut, einen einstöckigen Betonklotz mit vier Zimmern und immerhin mit Fernseher.

Seine Frau Bi Ailien, die auf dem salzigen, vom Staat gepachteten Acker Mais und Weizen anbaut und auf dem dorfnahen Brachland Melonen und Hagebutten züchtet, wird auf ihn warten. Man wird genug Essensvorräte für den Winter kaufen können, aber es werden nicht viele Yuan übrig bleiben.

Wang muss nicht nur seine Familie ernähren, sondern auch seinen Schwiegervater, der „in der Bibel liest, statt mit anzupacken“. Und die Mittelschule verlangt für den älteren Sohn Bihao fast 200 Dollar im Jahr an Gebühren, Bücher und Schreibgerät extra; für Xianxian,



Drei-Schluchten-Staudamm am Yangtze nahe der Stadt Yichang in der zentralchinesischen Provinz Hubei: *Das bei weitem kühnste und*

den Jüngeren, werden in der Grundschule noch einmal 120 Dollar jährlich fällig. Trotzdem käme es Wang nicht in den Sinn, hier zu sparen: „Erziehung muss sein. Meine Kinder sollen es besser haben. Dafür muss ich die Voraussetzungen schaffen." Mit der großen Politik hat er nicht viel am Hut; aber dass sie in Caocun nun ihren Dorfbürgermeister, wenngleich nur unter den von der KP abgesegneten Kandidaten, selbst wählen dürfen, das findet er gut. Die Stadtluft hat ihn freier und selbstbewusster gemacht.

Kann man das auch von Li Qinfu, 42, sagen, dem ewig Gehetzten, dem Superunternehmer, dem Multimillionär, von dem Freunde behaupten, er stünde mit einem Bein im Buch der Rekorde – und mit dem anderen im Gefängnis?

Der Bauernsohn aus dem Shanghaier Umland, ältestes von fünf Kindern, hat während der Schulzeit mit den Pionieren noch Bajonettangriffe gegen den kapitalistischen Feind geprobt. Er stellte als junger Rotgardist während der Kulturrevolution seine Lehrer an den Pranger. Er flog als Arbeiter wegen „marktwirtschaftlicher Umtriebe" aus einem Staatsbetrieb – und machte dann im aufziehenden chinesischen Wirtschaftsfrühling mit Unterstützung lokaler Parteibosse und ungeheurem Fleiß eine alte Textilfirma wieder flott.

Li entdeckte eine Marktlücke, stellte Firmenuniformen für den japanischen Markt her, fand einen Joint-Venture-Partner. Dann stieg er in das Druckerei-Business ein, fertigte Airline-Tickets und millionenfach Quittungsbelege für die Mehrwertsteuer. Seine Firma Matsuoka hatte bald 20 000 Beschäftigte. Der Erfolgsunternehmer kleckerte nicht, er klotzte: Er mietete die obersten Stockwerke des Glaspalastes Plaza 66 in der Shanghaier Innenstadt, leistete sich das Penthouse und ein Sekretariat, um das ihn selbst Donald Trump beneiden würde: polyglotte Privatsekretärinnen in Chanel, die allesamt so aussehen, als hätten sie die Miss-China-Wahlen gewonnen.

Und Li stellte sich in Pinghu, eine halbe Autostunde südlich von Shanghai, ein Firmengebäude hin, das architektonisch haargenau dem Kapitol von Washington nachempfunden ist. Davor eine fünfeinhalb Meter hohe Bronzestatue – mit seinen eigenen Gesichtszügen. Lis Rechte ist ausgestreckt, als wolle sie den Weg in die Zukunft weisen. „Die Handfläche richtet sich nicht nach außen, das wäre gefährlich", betont der Unternehmer, der mit seinen schwarzen vollen Haaren und dem runden Gesicht ein wenig dem Großen Vorsitzenden in dessen Blütejahren ähnelt. „Diese Geste ist Mao Zedong vorbehalten."

Er schätzte sich auf „einige hundert Millionen Dollar", genoss es, im Jahr 2002 – allerdings nur mit einem ausgewiesenen Betrag von läppischen 90 Millionen – in die „Forbes"-Liste der reichsten Männer Chinas aufgenommen worden zu sein. „Ich mache Profit, aber ich zahle auch meine Steuern regelmäßig", sagte Li Qinfu, Besitzer eines violetten Lamborghini und einer Flotte von BMW, auf Nachfrage treuherzig. Natürlich müsse man sich mit den „richtigen" Leuten aus der Politik zusammensetzen und sie zum Essen einladen. „In China Unternehmer sein, heißt auch heute noch: sich mit der Regierung gut stellen. Kaum etwas geht ohne offizielle Genehmigungen. Im Westen steht das Gesetz über der Führung, bei uns ist es umgekehrt."

Als die KP im vorletzten Jahr auch Unternehmer einlud, sich um ein Parteibuch zu bewerben, erwog Li seinen Eintritt in die Politik. Doch Freunde warnten ihn, seine Chancen stünden nicht gut, seine

AP

umstrittenste Bauprojekt der Gegenwart

Extravaganzen mit Sportwagen und eigener Statue kämen in Peking nicht besonders an. Der Matsuoka-Chef begann sich Sorgen zu machen auf seinen Seidenkissen im Ersatz-Kapitol, zumal manche behaupteten, er habe sich mit seinen neuen Millionen-Investmentdeals in und um Shanghai sowie mit seiner neuen Produktionslinie von Automobilsitzen übernommen.

Der clevere Li ging auf Tauchstation, erwog, ganz nach Amerika zu ziehen, wohin er seinen Teenager-Sohn ins Internat geschickt und wo er sich – in Manhattan – ein Apartment gekauft hatte. Er blieb, als er hörte, der politische Gegenwind flaue 2004 ab. Aus einer Richtung erwartete der Unternehmermultimillionär offenbar keinen Angriff: aus seiner eigenen Firma. Und das war womöglich sein entscheidender Fehler.

Anfang Juli teilte der Aufsichtsrat von Matsuoka in dürren Worten mit, man sei „unzulässigen Darlehen“ von über 23 Millionen Euro auf die Spur gekommen, die der Vorsitzende Li „ohne Einwilligung des Firmenaufsichtsrats“ genehmigt hätte. Kriminelle Machenschaften? Eine Intrige?

Der Firmenboss sieht sich fest im Sattel und will von Ablösungsgerüchten nie gehört haben. Und auch seine Freunde sind sicher, dass Li Qinfu noch lange nicht am Ende ist. Er werde zurückschlagen, heißt es; an gegebenem Ort, zu gegebener Zeit. Und sei es mit einem neuen, aus dem Boden gestampften Unternehmen. Zur Not oben im Norden, irgendwo in Sibirien.

Lange haben Wissenschaftler, Politiker, Journalisten nach Erklärungen gesucht, woher die ungeheure Dynamik, die geschäftsfördernde Flexibilität und die Zukunftsbejahung der Chinesen stammen – und warum dies alles etwa der Mehrzahl der Russen (wie, auf anderem Niveau, derzeit auch vielen Deutschen) abgeht.

Zur jüngeren Geschichte merken einige Experten an, dass Chinas Übervater Deng Xiaoping Ende der Siebziger – anders als Michail Gorbatschow knapp ein Jahrzehnt später – Reformen im Wirtschaftsbereich, nicht in der Politik begonnen habe. Mit der „Befreiung“ der Bauern von staatlichen Fesseln, die ihnen erlaubte, Obst und Gemüse wenigstens teilweise in Eigenregie anzubauen und zu verkaufen. Fahrradreparaturwerkstätten wurden ebenso wie Knopffabrikanten und andere Kleinunternehmer toleriert. Man schuf so Leistungsanreize, die in eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards mündeten.

Historiker führen die über Jahrtausende entwickelten Handelswege Chinas gegenüber der Isolierung vieler russischer Orte und Landschaften als Begründung an – es machte für Chinesen einfach mehr Sinn und brachte mehr ein, wenn sie landwirtschaftliche Güter im Überfluss und andere Tauschobjekte produzierten, weil sie diese auch verkaufen konnten.

Philosophen sprechen von der unterschiedlichen Auswirkung des Neid-Faktors: Für Chinesen ist Neid eher eine Antriebsfeder, mindestens so viel oder möglichst mehr als der reüssierende Nachbar zu erreichen; viele Russen neigen – auch in ihrer Literatur – traditionell eher dazu, die Erfolgreichen auf ihr eigenes, niedrigeres Niveau hinabzureißen.

Bei den meisten China-Kennern unbestritten aber ist die entscheidende Rolle, die ein einzelner Denker für die Entwicklung des Reiches gespielt hat. Er hat vor rund 2500 Jahren gelehrt, war zu Lebzeiten mäßig erfolgreich und hinterließ nichts Schriftliches (das besorgten Anhänger späterer Generationen). Er wurde im vorrevolutionären China verehrt, zu Mao-Zeiten verfemt und feiert bei der neuen Partei-Elite gerade wieder ein ideologisches Comeback: Konfuzius.

Sind seine im chinesischen Volk tief verwurzelten Lehren der Grund dafür, dass der wirtschaftlichen Liberalisierung nicht – wie von so vielen im Westen erwartet – eine breite Protestbewegung in Richtung politischer Reformen folgte, dass auch ein Großteil der neuen Mittelklasse die Einparteienherrschaft klaglos akzeptiert?

Verhilft der Konfuzianismus dem Milliardenreich dazu, die „Schlange“ der globalen Marktwirtschaft mit dem „Igel“ seiner einmaligen Historie zu kombinieren und einen dritten Weg zu finden, wie der China-Kenner Professor Peter Nolan meint?

ERICH FOLLATH, ALEXANDER JUNG, ANDREAS LORENZ, STEFAN SIMONS, WIELAND WAGNER

IM NÄCHSTEN HEFT

Ein Besuch bei Konfuzius' Urenkeln – Die Wiedergeburt des genialen Eunuchen – „Haier and Higher“: Das ZK plant einen Weltkonzern – Der Nationalismus-Wahn und die Solidarität der „Söhne des Gelben Kaisers“

KONG HONGYAN / IMAGINECHINA

Gedenkfeier am Konfuzius-Tempel von Qufu: *Im Volk tief verwurzelter Heiliger*